

Armutszuweis

Die Kritik ist überschäumend – Dennoch hat Jens Spahn eine wichtige Debatte losgetreten

Von Tobias Schmidt, RNZ Berlin

Berlin. Jens Spahn bemüht sich um Schadensbegrenzung. „Natürlich ist es schwierig, mit so einem kleinen Einkommen umgehen zu müssen wie es Hartz IV bedeutet“, sagt der CDU-Politiker gestern und zeigt plötzlich Verständnis für die Probleme von Menschen, die von der Grundsicherung leben. Ganz schnell will der neue Gesundheitsminister den Vorwurf entkräften, er sei kaltherzig und arrogant und stoße die kleinen Leute vor den Kopf, um die sich die Union doch intensiv kümmern will. Seine Position räumt der Lautsprecher des konservativen CDU-Flügels aber nicht: Das deutsche Sozialsystem sehe für jeden „ein Dach über dem Kopf“ vor und „das Nötige, wenn es ums Essen geht“, sagt der 37-Jährige. Spahns Botschaft: Niemand fällt durchs Raster.

Seine Äußerungen vom Wochenende, mit Hartz IV habe jeder, was er zum Leben brauche, und auch ohne Tafeln müsse niemand hungern, hatten ihm scharfe Kritik eingebracht. Selbst Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) ließ gestern seine Verärgerung über Spahn durchblicken, indem er CDU-Generalsekretärin Annet Kramp-Karrenbauer lobend zitierte: „Wer in Größenordnungen verdient wie wir, sollte sehr vorsichtig umgehen, wenn er über anderer Leute Armut spricht.“ Hat Spahn überzogen? Versucht er, sich auf dem Rücken der Abgehängten zu profilieren und aus der Tafel-Debatte Kapital zu schlagen? Rückendeckung bekommt er von der CSU. Es

sei „unsachlich“, Spahn eine Sozialstaatskritik vorzuwerfen, springt ihm Landesgruppenchef Alexander Dobrindt bei. Wer arbeite, müsse auch mehr Geld erhalten. Für die SPD, die Hartz IV unter Kanzler Gerhard Schröder eingeführt hatte, ist die Debatte heikel. „Wir haben andere Vorstellungen, und das weiß auch jeder“, versucht der kommissarische SPD-Chef und neue Bundesfinanzminister Olaf Scholz eine vorsichtige Abgrenzung. Er glaube, Spahn „bedauert ein wenig, was er gesagt hat“.

Provozierend oder nicht – der CDU-Politiker hat eine intensive Debatte losgetreten und den Ruf nach umfassenden Reformen laut werden lassen. Sogar Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier fordert einen Tag vor dem Antritt der neuen Regierung mehr Ehrgeiz: „Unser Ziel muss höher gesteckt sein, als dass die Menschen von Hartz IV oder anderen Transferleistungen leben“, mahnt er.

Sozial- und Arbeitsmarktpolitiker der Union klagen hinter vorgehaltener Hand zwar über den Eindruck der Abgehobenheit, den Spahn erweckt habe, freuen sich aber über den plötzlichen Rückenwind für Reformen. „Hartz IV ist kein Zustand, in dem man auf Dauer leben kann und leben soll“, distanziert sich Peter Weiß (CDU), Sprecher für Arbeit und Soziales der Unions-Bundestagsfraktion, gestern im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion von Spahn. „Wir brauchen mehr Mittel und neue Instrumente, um die Menschen wieder in Arbeit zu bringen“, so sein Appell. „Wir müssen alles daran setzen, die Leute aus Hartz IV herauszuholen.“ Und Uwe Schummer (CDU), Chef der Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion, geht noch weiter: „Wir wollen ein neues Kapitel nach Hartz IV aufschlagen“, sagte er im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion. Notwendig seien eine „aktivierende Beschäftigungs-

politik“ und die Möglichkeit für junge Asylbewerber, zu arbeiten. Es sei „unwürdig“, wenn diese bei den Tafeln anstehen müssten, um sich Lebensmittel abzuholen. Er hält auch eine Debatte über eine Anhebung der Hartz-IV-Leistungen für angebracht. „Der Warenkorb muss überprüft werden“, sagte Schummer.

„Nicht arm trotz, sondern wegen Hartz IV“, holt Grünen-Chef Robert Habeck gestern zur Fundamentalkritik aus. Die Grundlagen der Bemessung seien falsch, das ganze System müsse verändert werden. „Die Zeit ist über Hartz IV hinweggegangen“, will auch der Vorsitzende der Öko-Partei ein neues Kapitel aufschlagen.



„Nicht arm trotz, sondern wegen Hartz IV“, sagt Grünen-Chef Robert Habeck und wirft dem CDU-Politiker Jens Spahn ein völlig verfehltes Denken vor. Fotos: dpa/AFP

Sechs Millionen Menschen fallen unter Hartz IV

Die wichtigsten Fakten: Mit der Reform waren ehrgeizige Ziele verbunden – Schwer, aus dem System wieder herauszukommen

Von Basil Wegener und Klaus Tscharnke

Berlin. Mit Hartz IV könne jeder ein Dach über dem Kopf haben – jeder bekomme auch das Nötige zu essen – mit diesem Standpunkt hat der designierte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) den Vorwurf der Abgehobenheit auf sich gezogen. Wie ist der Stand bei Hartz IV heute – und was sind Reformperspektiven? Ein Überblick über die wichtigsten Leistungen und die Vorschläge zur Reform, die im Jahr 2005 der rot-grünen Bundesregierung von Gerhard Schröder den Wahlsieg gekostet hatte:

- > **Was bekommen Hartz-IV-Empfänger?** 416 Euro pro Monat – das gilt für Alleinstehende. 374 Euro pro Person sind es bei Paaren. Für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren gibt es 316 Euro. Für Kinder zwischen 6 und 14 Jahren sind es 296, für Kinder unter 6 Jahren 240 Euro.
- > **Wann wurde Hartz IV eingeführt und war es erfolgreich?** Eingeführt wurde Hartz IV mit der im Herbst 2003 auf den

Weg gebrachten Agenda 2010 des damaligen SPD-Kanzlers Gerhard Schröder – in diesem Herbst wird die Agenda 15 Jahre alt. Arbeitslosen- und Sozialhilfe-Empfänger sollten endlich Betreuung aus einer Hand bekommen – und bessere Jobperspektiven. Das Motto lautete damals „Fördern und Fordern“. Arbeitsmarktforscher stellten schon 2009 erhebliche Mängel bei der Betreuung von Hartz-IV-Betroffenen fest. Als Erfolg werteten sie dagegen, dass Arbeitslose bei den angebotenen Jobs inzwischen weniger wählerisch sind. Kritiker sagen aber: Der Druck auf die Menschen ist zu groß.

- > **Wie viele Hartz-IV-Empfänger gibt es?** Im Durchschnitt des Jahres 2017 gab es in Deutschland 6,07 Millionen Hartz-IV-Bezieher – 4,37 davon waren sogenannte erwerbsfähige, also arbeitslose, Menschen; beim Rest handelt es sich unter anderem um Familienangehörige. Vor zehn Jahren lag die durchschnittliche Zahl der Hartz-IV-Bezieher noch bei 7,09 Millionen – davon 5,24 Arbeitslose. Damals gab es also gut eine Million Hartz-IV-Bezieher mehr als heute.

> **Wie viele Langzeitarbeitslose gibt es?** Die Zahl liegt deutlich darunter, auch weil man nicht mehr als langzeitarbeitslos gilt, wenn man nur kurzzeitig einen Job ausübt. Im Januar gab es mehr als 868 000 Langzeitarbeitslose – also Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, darunter 487 000 ohne abgeschlossene Ausbildung. Mehr als 150 000 Arbeitslose sind fünf Jahre und länger ohne Job.

> **Was will die neue Regierung?** Union und SPD haben sich Vollbeschäftigung zum Ziel gesetzt – also auch den Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Geplant sind dabei vor allem Lohnkostenzuschüsse für einen sozialen Arbeitsmarkt. Der Staat bezahlt dabei einen Teil des Lohns, damit die Betroffenen nicht länger arbeitslos sind. Bis zu 150 000 Menschen sollen davon profitieren, vier Milliarden Euro zusätzlich sind dafür vorgesehen. Sonst ist bei Hartz bislang nicht viel geplant, in der SPD läuft aber eine Debatte über die Höhe der Regelsätze.

> **Ist das vor allem eine SPD-Forderung?** Nicht nur, auch die Union hatte in

ihrem Wahlprogramm verstärkte Hilfe vorgesehen, damit Langzeitarbeitslose wieder an einen Job kommen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Arbeitsmarktpolitiker Kai Whittaker fordert nun sogar, eine konzentrierte Aktion zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit und eine stringente Reform des Hartz-IV-Systems: „Das System muss seinen Schwerpunkt darauf legen, dass Menschen aus Hartz IV herauskommen.“ Die Antwort auf Hartz IV seien nicht höhere Sozialtransfers, sondern Qualifizierung und ein guter Job.

> **Was sagen die Arbeitgeber?** Sie wehren sich gegen mehr Sozialausgaben und fordern größere Anstrengungen bei Bildung und Kinderbetreuung. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) kritisiert den Plan eines sozialen Arbeitsmarkts: Zweifelhafte sei, ob staatlich bezahlte Jobs zu einer Eingliederung auf dem normalen Arbeitsmarkt führten. Betroffene, die einen staatlich bezahlten Job bekämen, reduzierten ihre eigenen Bemühungen auf dem normalen Arbeitsmarkt, hieß es.